



## Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

### Strukturwandel Braunkohleregion: Großforschungsinstitut im Mitteldeutschen Revier

Bund und Länder haben heute die Teilansiedlung des im Mitteldeutschen Braunkohlereviere geplanten Großforschungszentrums in Sachsen-Anhalt beschlossen. Die Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung werden bei der Umsetzung dieser Strukturstärkungsmaßnahme eng zusammenarbeiten. Aktuell läuft für die inhaltliche Ausrichtung und den Aufbau des Forschungszentrums ein international ausgeschriebener Ideenwettbewerb unter Forschern mit dem Namen „Wissen schafft Perspektiven für die Region!“.

Durch den geplanten Zweitstandort des neuen Forschungszentrums in Sachsen-Anhalt sollen zahlreiche neue Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden. Für die geplanten zwei Großforschungszentren stellt der Bund im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen insgesamt 1,2 Mrd. Euro bis 2038 zur Verfügung, davon 380 Millionen Euro für den Standort in Sachsen-Anhalt.

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff sagte hierzu: „Es ist wichtig, dass wir das Mitteldeutsche Revier als einen gemeinsamen Wirtschaft- und Innovationsstandort entwickeln - Landesgrenzen dürfen dabei keine Rolle spielen. Der jüngst beschlossene Ausbau der Mitteldeutschen Bahnverbindungen und nun das Zusammenwirken Sachsens, Sachsen-Anhalts und des Bundes bei Forschung und Entwicklung sind wichtige Anker für mehr Innovationskraft und wirtschaftliches Wachstum.“

Dazu erklärt Bundesforschungsministerin Anja Karliczek: „Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen sind unser wichtigstes Ziel. Deshalb wollen wir den Strukturwandel gestalten, um langfristige wirtschaftliche Perspektiven in den Braunkohleländern zu eröffnen. Klimaschutz und Kohleausstieg bieten die Gelegenheit, unsere Wirtschaft auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen. Damit das gelingt, brauchen wir massive Investitionen in Forschung und Innovation. Von den neuen Großforschungszentren geht eine Signalwirkung aus, sie sollen zu wissenschaftlichen Spitzeneinrichtungen und wirtschaftlichen Motoren der Regionen werden. Mein Anspruch an die neuen Zentren ist, dass dort ein neues, noch höheres Niveau der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft von Anfang an umgesetzt wird. Unser gemeinsames Ziel ist es nun, über den Wettbewerb ‚Wissen schafft Perspektiven für die Region!‘ die besten Köpfe mit den besten Ideen für die Region zu gewinnen.“

Der Beschluss des Bundes und der Braunkohleländer ist für das Mitteldeutsche Revier von großer Tragweite. Es freut mich sehr, dass die Wissenschaft in Sachsen-Anhalt eine solch hohe Priorität genießt, und erhebliche Mittel aus dem Strukturstärkungsgesetz für einen Standort eines länderübergreifenden Großforschungszentrums eingesetzt werden.“

Zum Hintergrund:

Am 14. August 2020 ist das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ (StStG) für die durch den Kohleausstieg betroffenen Reviere und Standorte in Kraft getreten. Um neue Perspektiven für die Kohleregionen zu schaffen, sieht das StStG in § 17 Ziffer 29 die „Gründung je eines neuen institutionell geförderten Großforschungszentrums nach Helmholtz- oder vergleichbaren Bedingungen in der sächsischen Lausitz und im mitteldeutschen Revier auf Grundlage eines Wettbewerbsverfahrens“ vor.

Impressum:  
Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle  
Hegelstraße 42  
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666  
Fax: (0391) 567-6667  
Mail: [staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de](mailto:staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de)